

## **Hintergrundinformation zur Pressemitteilung vom 16.06.2005**

### **Transparenz und Gerechtigkeit für den Berliner Haushalt**

Frauen und Männer sind von der Verteilung öffentlicher Mittel unterschiedlich betroffen. Der Berliner Senat hat das erkannt und setzt seit 2002 Gender Budgeting um. Berlin steht damit bundesweit an der Spitze der Umsetzung von Gender Budgeting. In anderen Bundesländern und auch auf Bundesebene gibt es bislang nur erste Ansätze für Gender Budgeting.

Auch in Zeiten der Konsolidierung von Haushalten – laut Finanzminister Sarrazin weiterhin ein Thema für Berlin – spielt Gender Budgeting eine wesentliche Rolle. Durch quantitative und qualitative geschlechtssensible Analysen des Haushaltes wird sichtbar gemacht, wem öffentliche Mittel zufließen und welchen Nutzen Frauen und Männer aus dieser Verteilung ziehen. Damit können auch knappe Mittel effektiv und gezielt eingesetzt werden. Gleichzeitig knüpft Gender Budgeting an die Ziele der Verwaltungsmodernisierung an.

Die Berliner Verwaltung trägt durch die Umsetzung von Gender Budgeting zu mehr Transparenz und Gerechtigkeit bei der Verteilung öffentlicher Gelder bei. Das heißt: Berlin spart – aber nicht auf Kosten der Gleichstellung von Frauen und Männern!

Seit 2002 wurden in Pilotprojekten Methoden der Analyse erprobt und durchgeführt. So untersuchte der Bezirk Lichtenberg seine Sportförderung darauf hin, in welchem Maß sie Männern oder Frauen zugute kommt. Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf befasste sich u.a. mit der geschlechtsspezifischen Nutzung von Kinder- und Jugendeinrichtungen, die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen mit Ausgaben für Investitionen auf dem Arbeitsmarkt. Die Ergebnisse sind im Bericht über die Pilotphase von August 2004 veröffentlicht.

Die „Initiative für eine geschlechtergerechte Haushaltsführung in Berlin“ hat in den letzten Monaten an einer kritischen Kommentierung des Berichts gearbeitet, die sie heute dem Regierenden Bürgermeister übergibt.

Die Initiative machte sich von Beginn an stark für die Umsetzung von Gender Budgeting als Strategie für mehr Geschlechtergerechtigkeit. Sie machte im Vorfeld der Berliner Abgeordnetenhauswahlen 2001 Lobbyarbeit für die Einführung. Sie richtete unter anderem einen Offenen Brief an die Berliner Parteien und Regierungsverantwortlichen, der von Vereinen und Verbänden sowie Einzelpersonen unterzeichnet wurde.

In der Landeskommision Gender Mainstreaming hat die Initiative einen Sitz als Vertretung der Nichtregierungsorganisationen und ist in der Arbeitsgruppe Gender Budget vertreten. Ihre Rolle in der Landeskommision ist der konstruktiv-kritischen Begleitung. In dieser Funktion hat sie die nun vorliegende Kommentierung ausgearbeitet.

Die Initiative betont, dass die Ergebnisse vom hohem Engagement zeugen, mit dem die an der Pilotphase beteiligten Verwaltungen in Berlin Gender Mainstreaming und Gender Budgeting umsetzt. Besonders hinsichtlich Gender Budgeting hat sie Kreativität und Innovationsfähigkeit bewiesen, da hierzulande bisher nicht auf vergleichbare Erfahrungen zurückgegriffen werden kann.

Doch obwohl bereits vieles hinsichtlich der Umsetzung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting erreicht wurde, weist der Berliner Prozess Mängel und Sackgassen auf. Bei der Umsetzung in das Verwaltungshandeln läuft Gender Budgeting Gefahr seinen emanzipativen Charakter zu verlieren. Auch ist eine Kürzung der Finanzierung von Frauenprojekten und frauenspezifischen Maßnahmen im Sinne der Gender-Budgeting-Strategie nicht zu rechtfertigen.

Mit der Kommentierung leistet die Initiative einen Beitrag zur weiteren Umsetzung der Strategien Gender Budgeting und Gender Mainstreaming in Berlin.

## **Die wichtigsten Punkte der Kommentierung**

Um die Beschlüsse zu Gender Mainstreaming und Gender Budgeting umzusetzen, hat der Berliner Senat bis heute Vieles in die Tat umgesetzt: z.B. die Einrichtung einer Geschäftsstelle Gender Mainstreaming und der Landeskommision Gender Mainstreaming mit deren Arbeitsgruppen Gender Budget und geschlechterdifferenzierte Statistik. In einer einjährigen Pilotphase wurde Gender Budgeting in einer Senatsverwaltung und drei Bezirken erprobt.

Die Einrichtung von Steuerungsgremien sowie die Durchführung der Pilotprojekte bezeugen die Ernsthaftigkeit mit der die Einführung von Gender Budgeting vorangetrieben wird. Nach Außen ist die Arbeit jedoch zu wenig erkennbar. Eine breitere Öffentlichkeit wurde bisher nicht erreicht, obwohl eine geschlechtergerechte Haushaltsführung für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt langfristig Vorteile bringt.

Die Einbeziehung interner und externer Gender-Expert/innen trägt der Komplexität der Umsetzung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting Rechnung. Auch über die Implementierungsphase hinaus bedarf es daher der begleitenden fortlaufenden Unterstützung durch internes und externes Gender-Fachwissen. Es sind daher angemessene personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Die Ergebnisse müssen zugänglich gemacht werden.

Die bisherigen Ergebnisse aus den durchgeführten Nutzenanalysen stellen lediglich einen ersten Schritt dar. Auch wenn Überlegungen innerhalb einzelner Produkte und Titel sinnvoll sein können, kann es ohne genaue Analysen der Ursachen unter Umständen zu falschen Interventionen kommen. Mit dem Focus auf Teilbereiche des Haushaltes darf nicht aus dem Blick geraten, dass es bei Gender Budgeting um eine gerechte Verteilung der Mittel im Hinblick auf den Gesamthaushalt geht. Ein Haushalt, der in allen Teilbereichen die Steuergelder 50/50 auf die Geschlechter verteilt, wird nicht angestrebt. Eine schematische 50:50 Verteilung von Mitteln ist alleine aufgrund des staatlichen Auftrages zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern nicht angebracht.

Die bisher zum Einsatz gekommene Nutzenanalyse stellt nur ein Instrument des Gender Budgeting dar. Die im internationalen Kontext entstandene Strategie des Gender Budgeting bietet jedoch eine breite Palette an Zugängen, die

wichtige Fragen bezüglich der geschlechtergerechten Verteilung von öffentlichen Mitteln stellt - nicht nur auf der Ebene einzelner Haushaltstitel bzw. Produkte sondern auch auf der Ebene der längerfristigen Haushaltsplanung.

Der Berliner Umsetzungsprozess hat einen viel versprechenden Anfang genommen und birgt noch ein großes Potential.

Für den weiteren Umsetzungsprozess empfiehlt und fordert die Initiative:

- Die Formulierung messbarer gleichstellungspolitischer Ziele
- Die Beteiligung der Bürger/innen am Budgetprozess
- Die Absicherung des Prozesses durch entsprechende personelle Ressourcen und der notwendigen Fachlichkeit
- Die Intensivierung der Sammlung und Koordinierung geschlechtsspezifischer Daten
- Die Erweiterung des methodischen Spektrums der Budgetanalysen
- Die Erweiterung der zu analysierenden Bereiche auch auf Felder wie Bau- oder Infrastruktur sowie den Einbezug der Einnahmenseite.

Die Kommentierung kann ab sofort als pdf-Datei unter [www.gender-budgeting.de](http://www.gender-budgeting.de) runtergeladen werden (29 Seiten).

Für weitere Fragen wenden sie sich bitte an Dr. Regina Frey,  
Tel. 030-81797777